

K11NEU Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

1 Kapitel 11: Gesundheit, Pflege und Demografie

2 Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung ermöglichen

3 Wir Grüne stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein
4 selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung füreinander übernehmen. Der
5 Grundpfeiler einer modernen Sozialpolitik ist der Ausbau von Prävention sowie
6 ein gutes Gesundheits- und Pflegesystem für alle. Wir wissen, dass die Chancen
7 für ein gesundes Leben stark von Bildung, Einkommen, Kompetenzförderung und
8 gesellschaftlicher Teilhabe abhängen. Wir wollen Gesundheitsförderung in allen
9 Politikfeldern verankern.

10 Als grün-geführte Landesregierung haben wir uns deshalb auf den Weg gemacht,
11 Barrieren in der Gesundheitsversorgung abzubauen sowie Teilhabe und Inklusion zu
12 verwirklichen. Wichtig ist uns, dass alle Bürger*innen eine
13 Gesundheitsversorgung aus einer Hand erhalten. Deshalb haben wir in der
14 vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, die starre Trennung zwischen
15 ambulanter und stationärer Versorgung zu überwinden. Das Fachpersonal in den
16 Krankenhäusern, den ambulanten Angeboten und im Rettungsdienst muss
17 unkompliziert zusammenarbeiten können, um den Genesungsprozess der Patient*innen
18 bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist die bessere Zusammenarbeit und die
19 Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen.

20 Eine gute Gesundheitspolitik verhindert soziale Spaltung und stärkt den
21 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Grüne setzen wir uns auf Bundesebene dafür
22 ein, das bestehende Krankenversicherungssystem zur Bürgerversicherung
23 weiterzuentwickeln. Im Land werden wir Beamt*innen mit dem „Hamburger Modell“
24 mehr Wahlfreiheit bei der Auswahl ihrer Krankenversicherung ermöglichen: Unsere
25 Staatsdiener*innen sollen sich für die gesetzliche Krankenversicherung
26 entscheiden können, ohne dass ihnen dadurch finanzielle Nachteile entstehen. Das
27 Land zahlt den entsprechenden Arbeitgeberanteil in Form einer pauschalen
28 Beihilfe. Damit stärken wir das Solidarsystem der gesetzlichen
29 Krankenversicherung und schaffen mehr Gerechtigkeit.

30 Gemeinsam durch die Pandemie – gut gerüstet für die Zukunft

31 Bisher sind wir besser durch die Corona-Krise gekommen als die meisten anderen
32 Länder auf dieser Welt. Das liegt auch an den Stärken unseres Gesundheitswesens.
33 Gleichwohl ist die Krise noch lange nicht überstanden. Erst wenn Impfstoffe in
34 ausreichender Menge oder wirksame Therapiemöglichkeiten zur Verfügung stehen,
35 können wir wieder in die gewohnte Normalität zurückkehren. Bis es soweit ist,
36 müssen wir lernen mit dem Virus zu leben. Dabei gilt: Wir müssen das
37 Infektionsgeschehen eindämmen und wollen gleichzeitig einen möglichst normalen
38 Alltag leben. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass wir weiterhin gut und sicher
39 durch die Krise kommen und wir stehen gleichzeitig dafür, dass wir die Lehren
40 aus dieser Krise ziehen, um unser Gesundheitssystem krisen- und zukunftsfest zu
41 machen. Dafür brauchen wir mehr Pflegepersonal in den Kliniken und Heimen und
42 setzen uns für attraktivere Arbeitsbedingungen ein. Den Coronaleugner*innen

43 treten wir mit einem klaren Bekenntnis zur wissenschaftsbasierten Medizin
44 entgegen.

45 Grüne Gesundheitspolitik: gut versorgt in Stadt und Land

46 Wir Grüne stehen für dezentrale, leistungsfähige und innovative
47 Beratungsstrukturen. Wir stellen die bedarfsgerechte Versorgung der
48 Patient*innen in allen Teilen Baden-Württembergs ins Zentrum unserer
49 Aufmerksamkeit. Es darf in der Gesundheitsversorgung der Menschen keinen
50 Unterschied machen, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

51 Als grün-geführte Landesregierung haben wir bereits Anreize geschaffen, damit
52 sich junge Ärzt*innen auf dem Land niederlassen und so die hausärztliche
53 Grundversorgung sicherstellen. Im nächsten Schritt werden wir die Studienplätze
54 für Humanmedizin weiter ausbauen und die Arbeitsbedingungen für Ärzt*innen
55 familiengerechter gestalten. Dafür wollen wir die Gesundheitssteuerung der
56 Kommunen stärken und die hausärztliche Versorgung sicherstellen, indem wir neue
57 Organisationsformen fördern. Wir werden die Versorgung im ländlichen Raum
58 verbessern, indem wir die digitalen medizinischen Beratungs- und
59 Behandlungsangebote weiter ausbauen. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit
60 von Ärzt*innen, medizinisch-technischen Angestellten und anderen
61 Gesundheitsberufen wollen wir ausweiten.

62 Wir stehen für die Etablierung von Primärversorgungszentren. Unter einem Dach
63 kümmern sich dort verschiedene Gesundheitsberufe übergreifend um die
64 Patient*innen und garantieren so eine Versorgung aus einer Hand. Wir werden auch
65 das Konzept von Multifunktionshäusern im ländlichen Raum fördern. Ziel ist es,
66 leerstehende Gebäude in Kommunen für die medizinische Versorgung, persönliche
67 Dienstleistungen und Nahversorgung bereitzustellen. Erst zur Hausärztin, dann
68 zum Frisör und in den Supermarkt – für alles braucht man dann nur noch einen
69 Weg.

70 Medizinische Versorgung muss auch Menschen mit Behinderungen einen
71 gleichberechtigten Zugang gewährleisten. Dafür werden wir die
72 Inklusionskompetenz der Ärzt*innen in Aus- und Weiterbildung stärken. Arztpraxen
73 sollen schrittweise barrierefrei werden.

74 Immer mehr Menschen leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Wir lassen
75 diese Menschen nicht allein. Wir verbessern die Aufklärungsarbeit und wollen
76 Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Trotz der
77 hohen Nachfrage finden viele aber nur schwer Zugang zu Hilfsangeboten. Wir Grüne
78 wollen diese Versorgungslücken schließen und damit die seelische Gesundheit der
79 Menschen stärken. Dafür wollen wir die psychotherapeutische Versorgung überall,
80 insbesondere im ländlichen Raum, verbessern und die Schnittstellen zur Beratung
81 und Prävention stärken. Dazu gehören etwa die psychosoziale Beratung sowie die
82 Sucht- und Suizidprävention. Um die klassische Psychotherapie zu unterstützen,
83 setzen wir Grüne uns für evaluierte und zertifizierte digitale Therapie- und
84 Beratungsangebote ein.

85 Die Arbeit des Rettungsdienstes wird in Zeiten des demografischen Wandels immer
86 wichtiger. Seit Jahren steigen die Einsatzzahlen. Hilfsfristen legen fest, in
87 welcher Zeit Rettungswagen bei den Patient*innen sein sollten. Im ländlichen
88 Raum kann diese Vorgabe oft nicht eingehalten werden. Wir Grüne wollen darüber
89 hinaus den Rettungsdienst modernisieren, damit die gesamte Rettungskette so gut

90 und schnell wie möglich funktioniert – von der Ersthilfe bis zum Eintreffen im
91 Krankenhaus. Dafür wollen wir insbesondere den Notfallsanitäter*innen mehr
92 Kompetenzen einräumen. Die Unterstützung durch Telenotärzt*innen sowie die
93 Digitalisierung wollen wir nutzen, um eine landesweite Planung der Standorte von
94 Rettungswachen zu ermöglichen.

95 Vorsorge ist besser als Nachsorge

96 Die Gesundheit erhalten und Erkrankungen vorbeugen – das steht für uns Grüne im
97 Fokus unserer Gesundheitspolitik. Pandemien und Viren machen nicht an Grenzen
98 halt. Deshalb gilt es, verstärkt europäisch zu denken. Wir brauchen eine
99 optimierte, grenzüberschreitende Gesundheitsplanung mit unseren europäischen
100 Nachbar*innen. So können wir personelle Ressourcen und die
101 Gesundheitsinfrastruktur gemeinsam flexibel nutzen. Wir werden den
102 Medizinstandort Baden-Württemberg ausbauen und gemeinsam mit unseren
103 europäischen Partner*innen in die medizinische Forschung, Entwicklung und
104 Produktion investieren.

105 Aber auch in Baden-Württemberg gilt es, die Programme und Initiativen noch
106 besser aufeinander abzustimmen und staatliche Strukturen und Vorsorge weiter
107 auszubauen. Im Zentrum guter Prävention steht für uns der Öffentliche
108 Gesundheitsdienst (ÖGD). Wir werden unsere Gesundheitsämter personell stärken
109 und digital besser ausstatten, um eine flächendeckende Gesundheitsförderung für
110 alle zu ermöglichen. Die aufgelegten Präventionsprogramme sollen
111 wissenschaftlich begleitet und hinsichtlich Effektivität und Effizienz überprüft
112 werden.

113 Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen zur Unterstützung des Immunsystems und
114 zur Förderung der Selbstheilungskräfte im Sinne einer guten Gesundheitsvorsorge
115 und zur Entlastung der Gesundheitssysteme stärker als bisher gefördert werden.

116 Gesundheitsförderung muss noch stärker da verankert werden, wo die Menschen
117 leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Nicht nur der Sportkurs nach
118 Feierabend, sondern auch eine gesundheitsfördernde Wohn- und Arbeitsumgebung und
119 eine ausgewogene Ernährung – insbesondere in Kitas und an Schulen – sind
120 wichtig. Wir wollen, dass schon unsere Kleinsten lernen, was zu einem gesunden
121 Leben gehört. Wir brauchen deshalb landesweite Kampagnen und Konzepte für
122 gesundes Essen in Mensen und Kantinen. Wir wollen aber auch, dass der ÖGD seine
123 Angebote in der Erwachsenenbildung ausweitet.

124

125 Wir unterstützen und fördern den One-Health-Ansatz, der die Gesundheit von
126 Mensch, Tier und Natur ganzheitlich betrachtet und Antibiotikaresistenzen
127 reduzieren möchte. Dabei spielt die Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen
128 aus Humanmedizin, Veterinärmedizin und Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Wir
129 kennen den Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und dem hohen Einsatz von
130 Antibiotika. Durch eine ökologische Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung
131 wollen wir den Einsatz von Antibiotika reduzieren.

132 Im Bereich der Förderung der sexuellen Gesundheit werden wir die wertvolle
133 Arbeit der AIDS-Hilfen in Baden-Württemberg weiterhin verlässlich unterstützen.
134 Um Neuinfektionen mit HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen zu
135 verhindern, wollen wir die Aufklärung über Schutzmöglichkeiten und Risiken sowie
136 Testmöglichkeiten verbessern.

137 Gute Präventionsarbeit begleitet Menschen durch das ganze Leben. Je älter wir
138 werden, desto wichtiger ist Gesundheitsvorsorge. Um das Risiko von
139 Pflegebedürftigkeit im Alter zu reduzieren, kommt der geriatrischen Versorgung
140 eine hohe Bedeutung zu. Wir werden die Behandlungskapazitäten der geriatrischen
141 Zentren ausbauen.

142 Für eine Drogen- und Suchtpolitik, die auf Prävention setzt

143 Für uns Grüne gehört Prävention in den Mittelpunkt der Drogen- und Suchtpolitik.
144 Wir befürworten wirksame und frühzeitige Ansätze, die Abhängigkeit und riskante
145 Konsumformen verhindern oder zumindest verringern, auch durch Resilienz- und
146 Aufklärungsarbeit in den Schulen. Dies gilt bei Alkohol und Tabak, aber auch bei
147 Partydrogen, Medikamenten und Glücksspiel.

148 Der Schutz von Nichtraucher*innen ist uns wichtig. Wir wollen deshalb den
149 Nichtraucherschutz im Sinne der Angestellten in der Gastronomie und von
150 Nichtraucher*innen weiterentwickeln. Wir werden den Gesundheitsschutz auch
151 dadurch deutlich verbessern, dass wir viele bisher geltende Ausnahmen des
152 Rauchverbots abschaffen.

153 Wir Grüne wollen den Konsum von Cannabis entkriminalisieren und legen dabei
154 großen Wert auf Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz. Auf Bundesebene wollen
155 wir mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit für eine regulierte und
156 kontrollierte Abgabe von Cannabis in Deutschland schaffen. Im Land wollen wir
157 die Höchstgrenze für den Besitz von Cannabis für den zulässigen Eigenbedarf
158 anheben.

159 Wir wollen ein gut ausgebautes Angebot zur gesundheitlichen Versorgung von
160 abhängigen oder suchtgefährdeten Menschen. Durch Angebote zur Schadensminderung
161 muss alles getan werden, um die gesundheitlichen Risiken zum Beispiel durch
162 gestreckte Drogen, schmutzige Spritzen oder gefährliche Zusatzstoffe zu
163 reduzieren. Deshalb setzen wir uns im Rahmen eines ganzheitlichen
164 Präventionskonzepts für Möglichkeiten ein, saubere Spritzen auszugeben oder
165 Inhaltsstoffe von Drogen überprüfen zu lassen (Drug-Checking).

166 Wir haben im Land den ersten Drogenkonsumraum eingerichtet. Dort können
167 Schwerstabhängige mitgebrachte Suchtmittel konsumieren – unter hygienischen
168 Bedingungen und unter Aufsicht. Wir wollen Drogenkonsumräume in allen
169 Großstädten etablieren, weil sie eine wichtige Überlebenshilfe für die
170 Betroffenen bieten und den öffentlichen Raum durch Rückgang der offenen
171 Drogenszene und ihrer negativen Begleiterscheinungen entlasten.

172

173 Der Pakt für Substitution des Sozialministeriums war ein Meilenstein in der
174 Versorgung von Schwerstabhängigen. Das damit verbundene Monitoring wollen wir
175 gewährleisten, indem wir das Amt einer*eines Landessuchtbeauftragten einrichten.
176

177 Wir werden kontinuierlich überprüfen, welche Auswirkungen Glücksspielangebote
178 aufgrund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben und diese
179 Rahmenbedingungen im Sinne des Spieler- und Jugendschutzes anpassen. Wir werden
180 Strukturen schaffen, um die gesetzlichen Regelungen effizienter zu
181 kontrollieren.

182 Grüne Investitionen in den Krankenhausbau – ökologisch, digital, inklusiv

183 Krankenhäuser sind Kernelemente, damit die Gesundheitsversorgung funktioniert.
184 Als Land schaffen wir mit dem Investitionskostenzuschuss die Grundlage für gute
185 und bedarfsgerechte Krankenhäuser. Noch nie hat das Land so viel in den Neubau
186 von Krankenhäusern investiert wie unter der grün-geführten Landesregierung.
187 Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Investitionen in den Krankenhausbau
188 deutlich erhöhen. Krankenhäuser sind Orte der Daseinsvorsorge, die zunehmende
189 Kommerzialisierung in diesem Bereich lehnen wir ab. Wir unterstützen es,
190 Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft zu erhalten. Wir Grüne stellen die
191 Krankenhausversorgung in Baden-Württemberg in Stadt und Land sicher. Unser Ziel
192 ist es, dem Versorgungsanspruch aller Menschen gerecht zu werden.

193 Dort, wo neue Krankenhäuser gebraucht werden, sollen sie den höchsten
194 medizinischen und ökologischen Standards entsprechen und ein Beispiel für
195 gelebte Inklusion sein. Dazu gehört die bauliche Barrierefreiheit genauso wie
196 Übersetzungen durch Schrift- und Gebärdendolmetscher. Gerade für ältere Menschen
197 ist es wichtig, sich einfach und schnell in der neuen Umgebung zurechtzufinden.
198 Krankenhäuser müssen den Bedürfnissen von Menschen mit Demenz sensibel begegnen
199 und etwa eindeutige Wegbeschreibungen bereitstellen. Das Krankenhaus der Zukunft
200 ist für uns Grüne digital optimal ausgerüstet und mit anderen Krankenhäusern
201 vernetzt, um regionale und freie Behandlungskapazitäten besser nutzen zu können.

202 Wir investieren im Land massiv, um den Krankenhäusern die besten
203 Rahmenbedingungen zu geben. Im Bundesrat setzen wir uns dafür ein, dass die
204 Fallkostenpauschalen weiterentwickelt und Vorhalteleistungen ausreichend
205 finanziert werden.

206 Geschlechtersensible Gesundheitsvorsorge ausbauen

207 Wir Grüne wollen allen Menschen ein gesundes Leben ermöglichen. Vor allem die
208 Forschung aber vernachlässigt die Frauengesundheit sowie die Gesundheit von
209 nicht-binären, Inter- und Trans-Personen: Medikamente und Therapien werden
210 primär an männlichen Probanden erprobt und Wirkstoffe auf männliche Körper
211 ausgerichtet. Wir wollen die geschlechtersensible Grundlagenforschung ausbauen
212 und so dazu beitragen, diese Erkenntnislücke zu schließen. Auch bei der
213 Diagnostik und Therapie von Krankheiten ist das Wissen um geschlechtsspezifische
214 Unterschiede ausschlaggebend für den Behandlungserfolg. Deshalb wollen wir die
215 geschlechtersensible Medizin strukturell in den Hochschulen verankern und dafür
216 sorgen, dass sie Teil der Ausbildungsinhalte medizinischer Berufe wird.

217 Wir wollen die Schwangerenberatung mit allen Fragen der Familienplanung
218 ausbauen. Ungewollt Schwangere benötigen schnelle, fachliche Informationen und
219 Beratung zu operativen und medikamentösen Abbrüchen. Sie brauchen einen
220 gesicherten, zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

221 Alle Gebärenden sollen eine wohnortnahe Geburtshilfe erhalten. Zudem wollen wir
222 den Betreuungsschlüssel für Hebammen verbessern. Wir werden die
223 hebammengeführten Kreißsäle und Geburtshäuser in Baden-Württemberg ausbauen und
224 arbeiten auf ein verpflichtendes Personalbemessungsinstrument für Kreißsäle hin.
225 So wollen wir sicherstellen, dass Hebammen die Frauen bei der Geburt gut
226 betreuen können und gleichzeitig ein faires Gehalt bekommen. Das Land fördert
227 Lehrstühle und Forschungsvorhaben im Bereich der Hebammenwissenschaften. Auch
228 die Akademisierung der Hebammenausbildung eröffnet neue Felder der
229 wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Frauengesundheit.

230

231 Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Menschen brauchen einen
232 diskriminierungsfreien Umgang bei medizinischen Untersuchungen. Die
233 Sensibilisierung und Fortbildung von Mediziner*innen, insbesondere von
234 Gynäkolog*innen und Hausärzt*innen, ist deshalb besonders wichtig.

235 Männer sterben heute im Schnitt sechs Jahre früher als Frauen. Schlaganfälle und
236 Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind dabei die häufigsten Todesursachen.
237 Krankenkassen und betriebliche Gesundheitsförderung müssen sich verstärkt darauf
238 konzentrieren, wie diesen Erkrankungen vorgebeugt werden kann.

239 Pflegende Angehörige stärken

240 Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in den nächsten Jahren steigen. Wir
241 Grüne stehen für eine gute Pflege. Gute Pflege stärkt die Gesundheit, verhindert
242 Krankheiten, fördert die Genesung und lindert Leiden. Die Herausforderungen
243 einer alternden Gesellschaft sind eng verknüpft mit dem Thema
244 Geschlechtergerechtigkeit. Meist pflegen Frauen ihre Eltern oder
245 Schwiegereltern. Dafür geben sie oft ihren Beruf auf oder wechseln in Teilzeit.
246 Die Folge: Sie verdienen weniger, ihre Rentenprognose sinkt. In ähnlich prekären
247 Situationen befinden sich auch Eltern von Menschen mit Behinderungen, die die
248 Pflege und Begleitung ihrer Kinder selbst bewerkstelligen. Viele Pflegende
249 benötigen einen höheren Pflegegrad für ihre zu pflegenden Angehörigen.

250

251 Wir wollen in der Gesellschaft ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche
252 Belastungen pflegende Angehörige schultern müssen und welche Unterstützung sie
253 brauchen. Die Mehrzahl der Pflegebedürftigen wird heute in den eigenen vier
254 Wänden betreut. Deshalb wollen wir die häusliche Pflege stärken und Beratungs-
255 und Hilfsangebote für pflegende Familienangehörige ausbauen. Viele Familien
256 werden dabei von ambulanten Pflegediensten unterstützt. Um insbesondere die
257 Angebote im ländlichen Raum attraktiver zu machen, setzen wir uns für eine
258 Erhöhung der Wegebepauschale für ambulante Pflegedienste ein. Leider wird die
259 Arbeit der mobilen Pfleger*innen schlechter bezahlt als die gleichwertige Arbeit
260 im Krankenhaus. Wir Grüne werden uns für die gleiche Bezahlung stark machen.

261 Für uns Grüne ist faire Mobilität auf dem Arbeitsmarkt wichtig. Wir wollen
262 deshalb mit den Krankenkassen ein „Fair Care“-Gütesiegel für die häusliche
263 Betreuung entwickeln, um faire Arbeitsbedingungen auszuzeichnen. So sichern wir
264 auch Qualitätsstandards bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften
265 und Haushaltshilfen und bieten Orientierung für Pflegebedürftige und deren
266 Angehörige. Dazu gehört auch eine verpflichtende Anmeldung in Baden-Württemberg
267 und eine stärkere Überprüfung durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

268 Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben wir in Baden-Württemberg neue
269 Maßstäbe gesetzt, um ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu
270 ermöglichen. Wir fördern damit die Vielfalt von Wohnformen und ambulanten
271 Angeboten. Jetzt gilt es, das Gesetz für die kommenden Herausforderungen in der
272 Pflege fit zu machen. Wir Grüne werden den Ausbau von ambulanten Angeboten und
273 Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie das Angebot der ambulanten
274 Palliativversorgung vorantreiben. Damit wollen wir pflegende Angehörige
275 entlasten und stärken, die sich in der anstrengenden häuslichen Pflege allzu oft
276 aufreiben. Auch der flächendeckende Ausbau von Assistenzdiensten für Menschen
277 mit Behinderung gehört dazu.

278 Wir Grüne denken Pflegearbeit in der Familie und kommunale Quartiersentwicklung
279 zusammen. Mit dem Landespflegestrukturgesetz haben wir als grün-geführte
280 Landesregierung dafür gesorgt, dass die Kommunen größere Gestaltungsspielräume
281 bei der Pflege bekommen. Wir haben die Landesstrategie Quartier 2030 erarbeitet,
282 um Stadtteile und Wohnviertel lebendiger, sozialer und generationengerechter zu
283 machen. Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wollen wir kommunale
284 Pflegekonferenzen weiter ausbauen. Hier sitzen Pflegende und Pflegebedürftige,
285 Pflegekassen und Kommunen an einem Tisch. Gemeinsam beraten sie, welche
286 Pflegeinfrastruktur und Angebote vor Ort gebraucht werden. Die Pflegekassen
287 werden verpflichtet, die Empfehlungen der kommunalen Pflegekonferenzen zu
288 berücksichtigen, wenn sie Rahmenverträge, Versorgungsverträge sowie
289 Vergütungsvereinbarungen abschließen.

290 Wir wollen sogenannte „Caring Communities“ in öffentlicher Trägerschaft testen.
291 Diese „sorgenden Gemeinschaften“ stehen für eine lebendige
292 Quartiersnachbarschaft, in der man sich kennt, aufeinander achtet und
293 füreinander sorgt. Hier werden pflegende Angehörige durch professionelle
294 Pflegekräfte unterstützt. Auch eine Notfallhilfe für pflegende Angehörige wollen
295 wir etablieren. Wer plötzlich krank wird und nicht mehr pflegen kann, soll im
296 Quartier schnell und unkompliziert eine Übergangsbetreuung für den
297 pflegebedürftigen Vater, für die demenzerkrankte Partnerin oder für das auf
298 Betreuung angewiesene Kind finden.

299 Noch immer gehen Menschen, die erkrankte Angehörige pflegen, ein finanzielles
300 Risiko und wirtschaftliche Abhängigkeiten ein. Tatsächlich aber hat ihr
301 Engagement eine hohe gesellschaftliche Relevanz. Wir Grüne werden uns im Bund
302 dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige eine starke und faire soziale
303 Absicherung bekommen, die der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Tätigkeit
304 entspricht.

305 Uns Grünen ist bewusst: Gute Pflege kostet Geld. Für viele Pflegebedürftige und
306 deren Angehörige ist das Armutrisiko real. Oft sind die Kosten, die Betroffene
307 als Eigenbeteiligung für Pflegeleistungen aufbringen müssen, nicht verlässlich
308 vorhersehbar. Das bringt so manche*n an den Rand des finanziellen Ruins. Wir
309 Grüne verstehen Gesundheit und Pflege solidarisch. Deshalb unterstützen wir auf
310 Bundesebene einen sogenannten Sockel-Spitze-Tausch. Das heißt: Nicht die
311 Kassenleistungen, sondern der Eigenanteil der Versicherten muss gedeckelt
312 werden. Denn qualitativ hochwertige Pflege muss für jeden Menschen erreichbar
313 und bezahlbar sein.

314 Leistung der Gesundheitsberufe anerkennen und die Pflege stärken!

315 Wer mit und an Menschen arbeitet, muss endlich die gesellschaftliche und
316 finanzielle Anerkennung bekommen, die sie*er auch verdient! Das bedeutet für uns
317 Grüne, dass wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Pflegeberufe künftig
318 deutlich besser bezahlt werden. Das Fachpflegepersonal im Krankenhaus, im
319 Rettungsdienst oder in der Altenpflege leistet einen enormen gesellschaftlichen
320 Beitrag. Wir Grüne wollen diese Berufe aufwerten und auf Landesebene gute
321 Arbeits- und Rahmenbedingungen für alle Pflegenden schaffen – egal ob sie zu
322 Hause oder in Pflegeheimen tätig sind. Auch wenn wir im Land dafür schon einiges
323 getan haben, müssen die Personalschlüssel dem tatsächlichen Bedarf entsprechend
324 weiter deutlich verbessert werden. Wir wollen die Zusammenarbeit der

325 Gesundheitsberufe stärken und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen mehr
326 Kompetenzen geben.

327 Unsere Gesellschaft wird immer älter. Und damit steigt auch der Bedarf an
328 Gesundheits- und Pflegeberufen. Deshalb ist es wichtig, dass wir konsequent
329 ausbilden. Als Land werden wir die neue generalistische Ausbildung zur
330 Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann unterstützen und mehr Studienplätze an
331 Universitäten und Hochschulen für Pflege und Pflegewissenschaften einrichten.
332 Mit der Akademisierung wollen wir eine europäische Harmonisierung in der
333 Pflegeausbildung anstreben und eine gerechte Bezahlung und
334 Aufstiegsmöglichkeiten sicherstellen.

335 Für uns Grüne ist klar: Gleichwertige Tätigkeiten müssen gleich vergütet werden
336 – egal ob sie in der Altenpflege oder im Krankenhaus erbracht werden. Die
337 aufgewertete Ausbildung soll dazu führen, dass Pflegenden mehr Verantwortung und
338 Mitsprache bekommen. Gute Pflege gibt es nur unter guten Arbeitsbedingungen. Wir
339 setzen uns dafür ein, dass beruflich Pflegenden die Verantwortung und Steuerung
340 für Konzeption und Gestaltung des Pflegebildes, der Pflegepraxis, des
341 Pflegemanagements und der Pflegeforschung übernehmen. Zudem soll es leichter
342 werden, eine Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit zu absolvieren. Auch das
343 Recht auf Weiterbildung werden wir stärken und gleichwertige ausländische
344 Fachabschlüsse schneller anerkennen. Außerdem wollen wir den Zugang für
345 ausländische Pflegekräfte zu Sprachkursen verbessern. Schließlich wollen wir in
346 der Pflege auch einjährige Ausbildungswege fördern, damit die Fachkräfte besser
347 entlastet werden. Pflege muss für alle bezahlbar sein. Die teilweise horrenden
348 Preise der Leasing-Agenturen und freier Pflegekräfte sehen wir deshalb kritisch.

349 Ausbildungsvergütung statt Schulgeld: Bislang müssen viele junge Menschen, die
350 im Gesundheitswesen arbeiten wollen, in ihrer Ausbildung Schulgeld bezahlen.
351 Obwohl das Interesse und der Bedarf an Logopäd*innen, Podolog*innen, Ergo- und
352 Physiotherapeut*innen vorhanden ist, schrecken die Gebühren viele junge Menschen
353 ab. Wir wollen die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe steigern. Das
354 Schulgeld werden wir für alle Heilberufe abschaffen und eine
355 Ausbildungsvergütung einführen.

356 Gleichzeitig findet die Pflege immer noch zu wenig Beachtung in den
357 Entscheidungsgremien des Gesundheitswesens. Noch immer wird über den beruflichen
358 Alltag der Pflegefachkräfte hinwegentschieden. In der laufenden
359 Legislaturperiode haben wir die Vorarbeit geleistet, um in Baden-Württemberg
360 eine Pflegekammer einzuführen. Sie soll als Organisation die Selbstverwaltung
361 der Pflegefachkräfte voranbringen und das Berufsbild stärken. Dabei wollen wir
362 die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern für eine erfolgreiche Umsetzung
363 nutzen. Gleichzeitig werden wir das Recht der Beschäftigten zur selbstbestimmten
364 gewerkschaftlichen Interessenvertretung unterstützen, um gute Tarifverträge zu
365 ermöglichen. Wir werden Pflegenden unterstützen, egal ob sie im stationären,
366 teilstationären, ambulanten oder im häuslichen Bereich arbeiten.

367 Therapievielfalt im Gesundheitswesen

368 Viele Patient*innen haben den Wunsch, im Krankheitsfall zwischen
369 unterschiedlichen qualitätsgesicherten Angeboten und Therapien entscheiden zu
370 können. Dazu gehört für viele Menschen auch die Komplementärmedizin. Wir Grüne
371 wollen für alle den barrierefreien Zugang zur integrativen Medizin
372 sicherstellen. Wir fördern entsprechende Forschungsprojekte wie das

373 Kompetenznetz Integrative Medizin (KIM) und das Akademische Zentrum für
374 Komplementäre und Integrative Medizin (AZKIM) und haben als grün-geführte
375 Landesregierung den ersten Lehrstuhl für integrative Medizin in Tübingen
376 eingerichtet.

377

378 Für Teilhabe und Selbstbestimmung

379 Wir Grüne stehen für eine vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch nach
380 seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich gefördert wird. Wir wollen allen
381 Menschen die Chance geben, ihr Leben selbstständig in unserer Mitte zu
382 gestalten. Unsere Vision ist eine Welt ohne Zugangshürden. Es ist uns wichtig,
383 dass Menschen mit Behinderung gesellschaftlich teilhaben und selbst Einfluss auf
384 politische Entscheidungen nehmen können.

385 Als grün-geführte Landesregierung haben wir deshalb 2015 das Landes-
386 Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) eingeführt. Wir haben damit eine
387 Landesbehindertenbeauftragte eingesetzt und die Stadt- und Landkreise dazu
388 verpflichtet, kommunale Behindertenbeauftragte zu berufen. Mit dem Gesetz haben
389 wir viele weitere Verbesserungen erreicht. So darf es Menschen mit Behinderung
390 nicht verweigert werden, notwendige Hilfsmittel zu nutzen bzw. mitzunehmen. Dazu
391 gehören Blindenhunde für Sehbehinderte und Gebärdendolmetscher*innen für
392 Hörgeschädigte. Nun wollen wir das L-BGG weiterentwickeln, um der inklusiven
393 Gesellschaft noch einen Schritt näher zu kommen.

394 Wir wollen erreichen, dass in Land und Kommunen hauptamtliche
395 Behindertenbeauftragte berufen werden. Wir wollen die Stimmen der Betroffenen im
396 Landesbehindertenbeirat stärken und diesen zu einem Gremium der Selbstvertretung
397 weiterentwickeln, das die Landesregierung berät. Dazu werden wir den Aufbau
398 professioneller Strukturen fördern, denn alle Menschen müssen sich in
399 demokratischen Beteiligungsprozessen einbringen können. Wir werden Fördermittel
400 des Landes für Beteiligungsformate auch unter dem Aspekt der Inklusion prüfen.
401 Außerdem wollen wir einen Partizipationsfonds einrichten, um die Beteiligung von
402 Gruppen mit Beteiligungshemmnissen zu verbessern. Wir werden die Beteiligung von
403 Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken: Das erreichen wir, indem wir
404 – analog zur Jugendbeteiligung – eine gesetzliche Grundlage schaffen, um
405 kommunale Behindertenbeiräte einzurichten.

406 Chancen geben und Teilhabe für Menschen mit Behinderung ermöglichen

407 Menschen mit Behinderung sollen in allen Lebensbereichen von Anfang an teilhaben
408 können. Das ist unser Ziel. Wir werden deshalb mehr barrierefreie Wohnungen und
409 eine inklusive Arbeitswelt schaffen. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist
410 für uns eine Grundvoraussetzung, um Inklusion und Teilhabe zu verwirklichen.
411 Dabei geht es nicht nur darum, bauliche Hindernisse zu beseitigen. Vielmehr
412 müssen wir auch kommunikative oder soziale Barrieren überwinden. Unser
413 Verständnis von Barrierefreiheit folgt einem ganzheitlichen Inklusionsgedanken.
414 Wir wissen, dass Barrierefreiheit nicht von heute auf morgen kommt. Wir Grüne
415 stellen uns aber dieser großen politischen Herausforderung. Als grün-geführte
416 Landesregierung haben wir wichtige Maßnahmen wie das Landesprogramm für
417 Barrierefreiheit im Nahverkehr ergriffen. Wir werden nicht nachlassen, bis alle
418 Bahnhöfe, Bordsteine und Busse barrierefrei sind. Wir wollen vielfältige und
419 inklusive Wohngebäude. Wir werden barrierefreie Wohnungen bereitstellen und die

420 Fördermöglichkeiten für barrierefreies Wohnen im Land ausbauen. Hier sehen wir
421 besonderen Handlungsbedarf.

422 Als Land wollen wir Vorbild für andere Arbeitgeber*innen sein und eine
423 Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung von sechs Prozent erreichen.
424 Wir werden mehr Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung einstellen und
425 geeignete Arbeitsplätze schaffen. Zudem werden wir Landesmittel bereitstellen,
426 um Menschen mit Behinderung beim Übergang aus der Werkstatt auf den ersten
427 Arbeitsmarkt zu unterstützen. Gemeinsam mit den Werkstattanbieter*innen wollen
428 wir die Übergangsquoten deutlich erhöhen und dafür finanzielle Anreize schaffen.
429 Menschen mit Behinderung brauchen oft spezielle Arbeitsplätze, damit sie ihre
430 individuellen Fähigkeiten einbringen und entfalten können. Ein solcher Bereich
431 ist die Arbeit als sogenannte Peer-Berater*innen. Sie lotsen andere Menschen mit
432 Behinderung durch verschiedene Lebensbereiche. Sie zeigen Wege auf, berufliche
433 Chancen zu ergreifen und gesellschaftliche Teilhabe wahrzunehmen. Noch immer
434 schrecken viele Arbeitgeber*innen davor zurück, Menschen mit Behinderungen
435 einzustellen. Wir Grüne werden gemeinsam mit anderen Akteur*innen ein Programm
436 in Baden-Württemberg auflegen und eine Aufklärungskampagne für Arbeitgeber*innen
437 starten. Unser Ziel ist es, diese Ängste und Befürchtungen abzubauen.

438 Ein wichtiger Punkt für ein selbstbestimmtes Leben ist für uns die ambitionierte
439 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Der Bund hat das BTHG 2016
440 eingeführt, um die Inklusion zu stärken. Die Umsetzung liegt jedoch bei den
441 Bundesländern. Bei der Eingliederungshilfe setzen wir Grüne im Land auf eine
442 konsequente Personenzentrierung. Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse
443 herzustellen. Daher überprüfen wir die Umsetzung einheitlicher Standards durch
444 ein kontinuierliches Monitoring. Leider sind die Regelwerke des BTHG sehr
445 kompliziert. Wir werden deshalb ein Schulungs- und Vernetzungsprogramm des
446 Landes einrichten. So wollen wir die Beratungsstellen in die Lage setzen,
447 Ratsuchende kompetent und umfassend bei allen Fragen zum BTHG beraten zu können.

448 Das Band der Generationen – zusammen durchs Leben

449 Wer heute in Baden-Württemberg geboren wird, hat beste Voraussetzungen, ein
450 hohes Alter zu erreichen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern werden die
451 Menschen bei uns im Südwesten am ältesten. Wir bauen heute im Land auf eine gute
452 medizinische Versorgung und haben ein starkes soziales und ehrenamtliches Netz.
453 Durch den demografischen Wandel wird sich unsere Gesellschaft enorm verändern.
454 Wir werden immer mehr ältere und hochbetagte Mitbürger*innen haben, viele von
455 ihnen werden pflegebedürftig sein. Zugleich sind ältere Menschen heute aber so
456 aktiv wie nie zuvor. Sie engagieren sich in Vereinen und Nachbarschaftshilfen,
457 in Mehrgenerationenhäusern und sind in der Familienarbeit unersetzlich.
458 Senior*innen wollen aber auch am kulturellen Leben teilhaben. Wir unterstützen
459 deshalb Angebote vor Ort, die den vielschichtigen Lebensrealitäten und
460 Bedürfnissen der Senior*innen gerecht werden.

461 Wir Grüne wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir wollen die Chancen des
462 demografischen Wandels nutzen, um Aufgaben in unserer Gesellschaft neu und auf
463 mehr Schultern zu verteilen. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die
464 niemanden zurücklässt und die Interessen verschiedener Generationen nicht
465 gegeneinander ausspielt. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die Chancen und
466 Perspektiven für Jung und Alt bietet.

467 Mit dem Geriatriekonzept des Landes wollen wir ältere Menschen fit halten und
468 ihnen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft geben. Unser Ziel ist es, dass
469 sie ihr Leben so selbstständig wie möglich gestalten können. Dabei setzen wir
470 auf den Austausch mit dem Landesseniorenrat sowie mit den Kreis-, Stadt- und
471 Ortsseniorenräten. Mehrfacherkrankungen begegnen wir mit einem ganzheitlichen
472 und sektorenübergreifenden Ansatz aus ambulanten und stationären Hilfen. Wir
473 werden dafür sorgen, wohnortnahe Möglichkeiten der Rehabilitation auszubauen.

474 Darum Grün!

475 Wer Grün wählt, stimmt für

- 476 • eine flächendeckende Gesundheitsversorgung aus einer Hand, damit Menschen
477 in Stadt und Land nachhaltig vor Ort versorgt werden
- 478 • einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst, weil Gesundheit nicht vom
479 privaten Geldbeutel abhängen darf
- 480 • Investitionen in den Krankenhausbau, um unsere Krankenhäuser für die
481 Zukunft fit zu machen
- 482 • bessere Unterstützung und Beratung, damit pflegende Angehörige entlastet
483 werden
- 484 • mehr Personal und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege
- 485 • Barrierefreiheit, weil nur eine Gesellschaft ohne Zugangshürden Teilhabe
486 für alle garantiert
- 487 • eine starke Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen